



for a living planet®

## Fischereipolitik

WWF-Forderungen zur Bundestagswahl 2009

### Einfluss nehmen auf die Reform der EU-Fischereipolitik!

#### **Vorschlag für eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung:**

Die Bundesregierung formuliert strategische Ziele zur Neuausrichtung der deutschen Fischerei. Kernstück der Strategie ist die Orientierung an Nachhaltigkeitskriterien, die eine langfristige und schonende Nutzung der fischereilichen Ressourcen ermöglicht. Die Bundesregierung setzt sich zudem für eine deutliche und dauerhafte Reduzierung der Flottenkapazität ein unter Berücksichtigung der vorhandenen natürlichen Ressourcen, ihrer Entwicklung und ihrer möglichst effizienten Nutzung. Neue Managementwerkzeuge wie rechte-basierte Maßnahmen werden von der Bundesregierung überall dort gefördert, wo sie Erfolg versprechend sind. Die Bundesregierung setzt sich für eine Stärkung der regionalen Beratungsgremien (RACs) ein, insbesondere für eine paritätische Besetzung aller Interessengruppen.

Überfischung bedroht die Weltmeere. Heute gelten 80 Prozent aller kommerziell genutzten Fischbestände entweder als überfischt oder bis an ihre Tragfähigkeit ausgebeutet. Fischereiaktivitäten zerstören oder beschädigen die Lebensräume der Meeresbewohner. Bei den rund 90 Millionen Tonnen Fisch, die jährlich weltweit angelandet werden, bleiben die Fanganteile unberücksichtigt, die als so genannter Beifang schon auf See ungenutzt wieder über Bord gehen. Auch illegaler Fischfang, in Höhe von geschätzten zusätzlichen 30 Millionen Tonnen pro Jahr ist in dieser Statistik nicht enthalten. Es gibt also einen erheblichen Anteil „unsichtbarer“ Fischerei, welche die Fischbestände und Ökosysteme belastet.

Im Jahr 2013 wird in Europa eine neue Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) in Kraft treten. Von 2009 bis 2012 wird es eine breite und teilweise öffentliche Diskussion über diese Reform geben, denn die GFP wird anschließend für zehn Jahre nahezu alle fischereirelevanten Aspekte in den Gewässern der Europäischen Union regeln. Schon die derzeit noch gültige GFP stellt die Forderung nach einer nachhaltigen Nutzung der Fischressourcen in den Vordergrund. Traurige Realität ist jedoch, dass sich der Anteil annähernd übernutzter oder überfischter Bestände in EU-Meeren seit den 1970er Jahren vervierfacht hat und heute bei rund 88 Prozent liegt.

Die Hauptursachen für den desolaten Zustand der europäischen Fischbestände:

- Die Fangflotte ist zu groß, die Kapazitäten übersteigen die nutzbare Ressource bei weitem.
- Die Fanggeräte sind unselektiv und fangen nicht nur die gewünschte Zielart. In der Nordsee werden jährlich von etwa drei Millionen Tonnen gefangenem Fisch und anderen Meeresfrüchten etwa eine Million Tonnen als unerwünschter Beifang wieder über Bord geworfen.
- Grundschieppnetze verursachen bleibende Schäden am Meeresboden. Schätzungsweise 50 Prozent der Kaltwasserkorallen und viele Aufwuchsgebiete für Fische sind durch sie in kurzer Zeit vernichtet worden.
- Der Fischerei fehlt es an Langzeitperspektiven: Die jährliche Vergabe von Quoten und Lizenzen führt zur Realisierung ausschließlich kurzfristiger Gewinninteressen. Das entspricht nicht dem längerfristigen Entwicklungsbedarf von Fischbeständen wie beispielsweise denen des Kabeljau in der Nordsee.
- Die wissenschaftlichen Empfehlungen werden nicht adäquat in politische Entscheidungen überführt, sondern auf dem Weg durch die EU-Instanzen durch Lobbyinteressen verwässert.
- Subventionen werden noch immer in umweltschädliche Projekte gesteckt.



- Die Fischereiindustrie wird für ihr Tun nicht verantwortlich gemacht. Hier fehlt es an Anreizsystemen, die beispielsweise die „gute Fischereipraxis“ belohnen und nachhaltige Verhaltensweisen fördern.

### **Forderungen des WWF Deutschland**

Der WWF fordert von der Bundesregierung, sich um die strategische Neuausrichtung der Fischerei zu kümmern, denn die zukünftigen Herausforderungen für die Fischereien in Europa sind erheblich. Die Fischerei in Deutschland wird nur dann nachhaltig und damit zukunftsfähig sein, wenn sie sich umfassend und rechtzeitig auf die technischen und politischen Herausforderungen einzustellen vermag. Die Bundesregierung muss sich für eine europaweite Angleichung der Fangkapazitäten an die tatsächlich deutlich geringeren Fischressourcen einsetzen, eventuell kann die Einführung von handelbaren Fangrechten diesen Prozess unterstützen. Die Bundesregierung sollte zudem Initiativen zur Beifangreduzierung unterstützen und somit schonenden Fangtechniken zum Durchbruch verhelfen.

### **Wir fordern daher von der neuen Bundesregierung:**

- Überkapazitäten abbauen und an vorhandene Ressourcen anpassen – Mitgliedstaaten sollten mit der Kürzung ihrer Quote rechnen, wenn sie die vereinbarten Anpassungsziele verfehlen,.
- Rückwürfe verbieten, Beifang verringern und selektive Fangtechnik zur Pflicht machen – nur durch ein Ende für die „unsichtbare“ Fischerei ist eine nachhaltige Fischerei möglich.
- Langzeit-Managementpläne für jede kommerzielle Fischerei einführen – kurzfristigen Nutzungs- und Gewinninteressen muss der Boden entzogen werden.
- Managementstrukturen fördern, die eine größere Beteiligung aller Interessenvertretungen ermöglichen, vor allem auf regionaler Ebene.
- Pilotprojekte zur innovativen Neuausrichtung der Fischerei fördern und ihre wissenschaftliche Begleitung sicherstellen.